

# «Gutes Zeichen für Demokratie»

Andreas Ladner Der Politologe über Abstimmungsergebnisse und politische Kräfteverhältnisse

**Die Stimmbürger hätten am Sonntag zu vielen Vorlagen differenziert Stellung genommen, sagt Politologe Andreas Ladner vom Hochschulinstitut für Öffentliche Verwaltung IDHEAP in Lausanne.**

HANS-PETER WÄFLER, MATHIAS KÜNG  
Herr Ladner, das Stimmvolk hatte am Wochenende über vier Volksinitiativen abzustimmen. Welches Resultat sticht für Sie heraus?

**Andreas Ladner:** Am überraschendsten ist die Annahme der Pädophilie-Initiative, wonach Kinderschänder lebenslang zur Verantwortung gezogen werden können. Das war in dem Ausmass nicht zu erwarten.

Wie ist es möglich, dass eine kleine Gruppe von Privatpersonen gegen Bundesrat und Parlament so einen Erfolg feiern kann?

**Ladner:** In erster Linie hat das mit dem Anliegen der Initianten zu tun. Sie wollen einen Riegel schieben bei Vergehen, die die Gesellschaft nicht toleriert. Das sah man auch schon bei der Verwahrungsinitiative.

Sehen Sie einen Trend hin zu mehr Repression?

**Ladner:** Die Gesellschaft entwickelt sich in diese Richtung. Es sollen bei der Rechtsprechung und im Strafvollzug wieder härtere Grenzen gezogen werden. Wir sehen eine Abkehr vom reintegrativen Ansatz im Strafvollzug, der sich in den 70er- und 80er-Jahren durchgesetzt hat.

Ist das auch ein Signal ans Parlament, mehr auf Repression zu setzen. Zum Beispiel bei Rasern?

**Ladner:** Wenn man das Volk fragen würde, wäre es sicher für ein härteres Vorgehen gegen Raser. Das Parlament muss so reagieren, wie es in gewissen Bereichen bereits reagiert hat: indem es eine differenzierte Politik anbietet, die auf verschiedenen Säulen basiert. Dabei spielt auch Repression eine Rolle. Eine umfassende Politik, zu der auch Prävention und Schadenminderung gehören, kommt im Volk an. Dies zeigt auch das Ja zum revidierten Betäubungsmittelgesetz.

Als einzige grosse Partei unterstützte die SVP die Pädophilie-Initiative. Gehört sie zu den Gewinnern des Abstimmungssonntags?

**Ladner:** Die SVP kann für sich in Anspruch nehmen, hier die Stimmung im Volk besser eingeschätzt zu haben als andere Parteien. Und sie hat eine Position vertreten, die weit über ihr Wählerpotenzial hinaus auf Unterstützung stösst. Aber die Pädophilie-Initiative wird nicht

## Es braucht verschiedene Säulen, zu denen auch Repression gehört

als SVP-Initiative in die Geschichte eingehen. Wirklich eingesetzt dafür haben sich nur Vertreter aus der zweiten Reihe der SVP.

Aktiver ist die SVP im Kampf gegen die Harmonisierung der obligatorischen Schule (Harmos). Am Sonntag gab es dazu zwei Ja und zwei Nein. Ein Erfolg für die SVP oder für die Harmos-Befürworter?

**Ladner:** Beide Seiten können Erfolge für sich beanspruchen. Mit Zürich und St. Gallen stimmten zwei grosse Kantone für Harmos. Das Quorum von zehn Kantonen, das es für Harmos braucht, dürfte mit ziemlicher Sicherheit zustande kommen. Die SVP dagegen kann darauf verweisen, wieder zwei Abstimmungen gewonnen zu haben, was ein Achtungserfolg ist.

Auch die SVP musste am Sonntag Niederlagen einstecken. Die Revi-



«MEHRERE SPIELN DIE MUSIK» Andreas Ladner macht in der Schweiz eine vielfältige politische Landschaft aus. ANNE MORGENSTERN

sion des Betäubungsmittelgesetzes wurde angenommen und die Verbandsbeschwerde-Initiative abgelehnt. Und auch bei Kommunalwahlen in Bern und bei den Regierungsratswahlen im Aargau war es ein schlechter Tag für die SVP.

**Ladner:** Das zeigt auch, was man aus diesem Abstimmungs- und Wahlwochenende lernen kann: Es gibt nicht nur eine Kraft, die die Musik spielt, sondern mehrere. Für alle Parteien gab es Siege und Niederlagen. Die politische Landschaft ist zu differenziert, als dass sie nur von einer Partei abgebildet werden könnte.

Nochmals zur SVP: Sie hat in Bern Sitze an die BDP verloren. Im Ausmass, wie es zu erwarten war?

**Ladner:** Ja, man weiss, dass rund 30 Prozent der SVP-Basis Sympathien haben für eine gemässigtere Politik. Und dass die BDP verschiedentlich auch mit ehemaligen Mandatsträgern antreten kann, die bekannt sind, ist ein Vorteil für die Partei.

Kann man aufgrund der ersten richtigen Tests bei Berner Kommunalwahlen für die BDP schon eine Zukunftsprognose stellen?

**Ladner:** Es ist durchaus möglich, dass sich die BDP im Kanton Bern auf einem bestimmten Niveau etablieren kann. Die Frage ist, ob es ihr gelingt, auch in der nationalen Politik eine entsprechende Rolle zu spielen. Das lässt sich aus der Entwicklung im Kanton Bern noch nicht ablesen.

Ist in den Exekutivwahlen vom Sonntag ein Trend nach links erkennbar? Im Aargau zieht mit Susanne Hochuli erstmals eine Grüne in die Regierung ein. In Bern verdrängte Reto Nause von der CVP einen FDP-Vertreter.

**Ladner:** Reto Nause würde ich nicht gerade zum linken Lager zählen. . .

. . . er steht aber als CVP-Vertreter etwas links von der FDP.

**Ladner:** Ja, und dass er jetzt in der Berner Stadtregierung sitzt, ist sicher ein Plus für die CVP. Das Wahlergebnis im Aargau ist vor allem ein gutes Zeichen für die Grünen – und für die Frauen.

Kommen wir zur Verbandsbeschwerde-Initiative, die abgelehnt wurde. Schadet das der FDP oder hilft es ihr, weil sie am Anliegen festgehalten hat?

**Ladner:** Insgesamt stimmt das Nein zur Verbandsbeschwerde-Initiative die FDP gewiss nicht glücklich. Zumal die Niederlage sehr deutlich war. Und es wurde bereits im Abstimmungskampf sichtbar, was die Partei eigentlich verhin-

dern wollte: dass die FDP nämlich doch nicht so geeint ist, wie sie es gerne hätte.

Bei der SVP hat sich in der Vergangenheit parteiinterner Streit meist positiv ausgewirkt bei nachfolgenden Wahlen. Könnte bei der FDP nicht auch eine solche Dynamik entstehen?

**Ladner:** Parteiinterner Streit garantiert keinen Wahlerfolg. Viel hängt davon ab, wie eine Partei mit internen Konflikten umgeht und wie sie allgemein in der Gunst der Bevöl-

## Probleme bei der Umsetzung kümmern die Bürger weniger

kerung steht. Der SVP gelang es immer wieder, parteiinterne Streitigkeiten wählerwirksam zu inszenieren. Die FDP aber ist seit längerem unter Druck und versucht, die Reihen zu schliessen. Da kam der Streit über die Verbandsbeschwerde in einem schlechten Moment.

Ihren Bekanntheitsgrad steigern konnte immerhin die Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala als treibende Kraft hinter der Verbandsbeschwerde-Initiative.

**Ladner:** Ja. Obwohl sie die Abstimmung verloren hat, kam die Initiative für Doris Fiala zum richtigen Zeitpunkt. Sie konnte damit ihren Einstand in der Bundespolitik feiern und fand die gesamtschweizerische Beachtung, die erfolgreiche Parlamentarier brauchen.

Für die SP war das Nein zur Verbandsbeschwerde-Initiative ein Erfolg. Dafür verlor sie bei der Hanf- und vor allem bei der AHV-Initiative, wo die SP eines ihrer wirtschaftspolitischen Kernanliegen einbrachte. Was heisst das für die weitere Debatte über die AHV?

**Ladner:** Die SP wird weiter für ihre Sache kämpfen, wenn es um die 11. AHV-Revision geht. Realistischerweise müssten die SP und die Gewerkschaften aber erkennen, dass es für eine Flexibilisierung des Rentenalters für grosse Kreise und zu hohen Kosten keine Mehrheiten gibt. Vor allem jetzt nicht vor dem Hintergrund der Finanzkrise.

Hat die Finanzkrise die Abstimmung über die AHV-Initiative also beeinflusst?

**Ladner:** Es kann davon ausgegangen werden, dass wegen der Finanzkrise auch der Staat unter Druck kommt. Bei der weiteren Debatte über eine Flexibilisierung des Rentenalters sollte sich die Linke vor al-

lem für jene einsetzen, die in belastenden Berufen tätig sind. Grundsätzlich kann man sich auch die Frage stellen, wie viele Leute angesichts der demografischen Entwicklung wirklich weniger lang arbeiten wollen.

Ein klares Nein gab es zur Hanf-Initiative. Jetzt werden Kiffer weiterhin kriminalisiert. Wie könnte das Problem entschärft werden?

**Ladner:** Aus der Abstimmung über die Hanf-Initiative lassen sich Parallelen ziehen zur Pädophilie-Initiative. Die Stimmbürger geben vor allem die Richtung vor. Ob es dann bei der praktischen Umsetzung ihres Anliegens Probleme gibt, kümmert sie weniger. Sie überlassen die Umsetzung – bis zu einem gewissen Punkt auch zu Recht – dem Gesetzgeber und den Justizbehörden.

Der Dachverband der Lehrer, Jugendverbände, Pro Juventute und CVP schlagen vor, volljährige Kiffer nur mit Bussen und nicht mit einem Strafregistereintrag zu bestrafen. Wäre das eine Lösung?

**Ladner:** Möglicherweise. Aber der Grundsatz, den die Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung will, lautet: Der Konsum von Cannabis ist nicht legal.

Entgegen der allgemeinen Erwartung liessen sich die Schweizerinnen und Schweizer am Sonntag von der Fülle der Vorlagen nicht abschrecken. Die Stimmbeteiligung war mit 47 Prozent erstaunlich hoch. Von Politik-Verdrossenheit also keine Spur?

**Ladner:** Ich teile die Auffassung sowieso nicht, wonach sich die Leute immer weniger um die Politik küm-

## Gibt es viele Themen, wird das Interesse an der Politik stimuliert

mern und immer weniger informiert seien. Das Volk hat am Sonntag zu einer grossen Zahl von Vorlagen sehr differenziert Stellung genommen. Das ist ein gutes Zeichen für die Demokratie.

Hängt das auch damit zusammen, dass derzeit intensiv über die anstehende Bundesratswahl diskutiert wird?

**Ladner:** Ereignisse wie eine Bundesratswahl rücken die Politik wieder in den Vordergrund. Das Gleiche bewirkt eine Bedrohung wie die Finanzkrise. Generell gilt: Gibt es viele politische Themen, so wird das Interesse an der Politik stimuliert und nicht etwa abgewürgt.

### Nachrichten

## Zwei Frauen an der Nationalratsspitze



Seit drei Jahrzehnten ist erstmals wieder eine Parlamentarierin aus dem Tessin höchste Schweizerin. Der Nationalrat wählte am Montag Chiara Simoneschi-Cortesi (CVP, rechts) an die Spitze des Rates. Zu Vizepräsidenten gewählt wurden Pascale Bruderer (SP/AG) und Jean-René Germanier (FDP/VS). Simoneschi-Cortesi erhielt 134 von 166 gültigen Stimmen. Die 62-Jährige löst den Waadtländer SVP-Parlamentarier André Bugnon ab. Die Tessinerin, die seit 1999 im Nationalrat sitzt, engagiert sich für Frauen- und Familienfragen, aber auch für grüne und christliche Anliegen. Tatkräftige Unterstützung erhält Simoneschi-Cortesi von Pascale Bruderer (SP/AG), die zur ersten Vizepräsidentin gewählt wurde. Sie erhielt 168 von 177 gültigen Stimmen und erzielte damit ein glanzvolles Resultat. Zum zweiten Vizepräsidenten wählte die grosse Kammer Jean-René Germanier (FDP/VS). Sein Resultat fiel etwas magerer aus. Er erhielt nämlich nur 124 von 153 Stimmen. Im Ständerat wurde der Jüngste zum Höchsten gewählt: Der Freiburger Sozialdemokrat Alain Berset hat mit 36 Jahren bereits eine beachtliche politische Erfahrung aufzuweisen und krönt die Karriere nun vorläufig mit dem Ständeratspräsidium. (AP)

## Swissmedic Oberaargauer soll Zulassungstau abarbeiten

Beim Schweizerischen Heilmittelinstitut Swissmedic stauen sich die Gesuche für Medikamentenzulassungen. Zurzeit liegt die Zahl der verzögerten Gesuche bei rund 2500, wie Swissmedic mitteilte. Darunter befinden sich 160 Gesuche um Erstzulassung für innovative Arzneimittel und 330 Gesuche für nicht innovative Arzneimittel wie beispielsweise Generika. Eine Task-Force unter der Leitung des Mediziners Rolf Streuli soll nun Abhilfe schaffen und den Stau bis 2010 beseitigen. Der Facharzt für Innere Medizin wird noch bis im kommenden Januar als Ärztlicher Direktor der Spitäler Region Oberaargau (SRO) tätig sein und danach zu Swissmedic wechseln. (AP)

## Schweiz Rund eine Million Menschen mit Behinderungen

In der Schweiz leben rund 865 000 Behinderte in Privathaushalten. Davon sind etwas mehr als ein Drittel in ihren Aktivitäten sehr eingeschränkt. Zudem leben rund 37 000 Menschen in Institutionen für Behinderte und 135 000 in Alters- oder Pflegeheimen. Laut dem Bundesamt für Statistik nehmen behinderte Menschen im Erwerbsalter zwar mit einem Anteil von 64 Prozent relativ intensiv am Arbeitsmarkt teil. Bei Nichtbehinderten sind es allerdings 84 Prozent. Dieser Rückstand liege einerseits an Barrieren bei der Einstellung und andererseits an objektiven Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit, schreibt das Bundesamt. (AP)

## Baustart Ab 2013 gibts neue Bahnstrecke Lugano-Varese

Vertreter der SBB und der italienischen Staatsbahnen (FS) eröffneten am Montag in Stabio im Südtessin die Baustelle für die neue Bahnverbindung Lugano-Varese. Die Inbetriebnahme der Bahnstrecke ist für 2013 geplant. Die neue Bahnstrecke ist 17,7 Kilometer lang, wovon 6,6 Kilometer auf Schweizer Boden liegen. Sie verbindet Bellinzona, Lugano, Chiasso, Como und Varese miteinander. (AP)